

Presseinformation

13. November 2025

LR Rosenkranz: Ausbildung von Häftlingen muss sichergestellt werden

Personalmangel in Justizanstalten beheben, damit arbeitsfähige Insassen beschäftigt und qualifiziert werden können

"Der Ruf nach mehr Personal in den Justizanstalten hat auch einen arbeitsmarktpolitischen Aspekt, weil es in diesem Zusammenhang nicht nur um Sicherheit geht, sondern auch um die Arbeitsmarktqualifizierung der Insassen. Während des Vollzugs gibt es die Möglichkeit in den Anstalten diverse Ausbildungen - insbesondere in Mangelberufen – zu absolvieren“, betont Landesrat Susanne Rosenkranz im Vorfeld der morgigen Landesarbeitsreferentenkonferenz in Vorarlberg. „Ohne das nötige Personal können die Qualifizierungsmaßnahmen nicht durchgeführt und Aufträge von regionalen Betrieben nicht ausgeführt werden - so gehen wichtige Ressourcen verloren.“

Rosenkranz macht darauf aufmerksam, dass durch Personalmangel in den Justizanstalten die Insassen „zum Nichtstun vergattert werden und Resozialisierungsmaßnahmen wie die für den Arbeitsmarkt so wichtige Ausbildung von Häftlingen ins Hintertreffen geraten. Unsere Justizwachebeamten leisten unter schwierigsten Bedingungen Großartiges. Sie verdienen Rückhalt und Unterstützung, um diese Kernaufgaben erledigen zu können.“

Sie bringt bei der morgigen Konferenz einen Antrag ein, der eine deutliche Aufstockung der Planstellen in den Justizanstalten fordert. „Es muss sichergestellt werden, dass Häftlinge, die arbeitsfähig sind, auch tatsächlich beschäftigt und ausgebildet werden können. Das ist nicht nur für ihre Resozialisierung und den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt entscheidend, sondern stärkt auch die Wirtschaft – denn viele Werkstätten in den Justizanstalten arbeiten eng mit regionalen Betrieben zusammen“, sagt Rosenkranz.

Weitere Informationen im Büro LR Rosenkranz, Pressesprecherin Elisabeth Schmidt, Telefon 0676 812 13 797, E-Mail elisabeth.schmidt@noel.gv.at